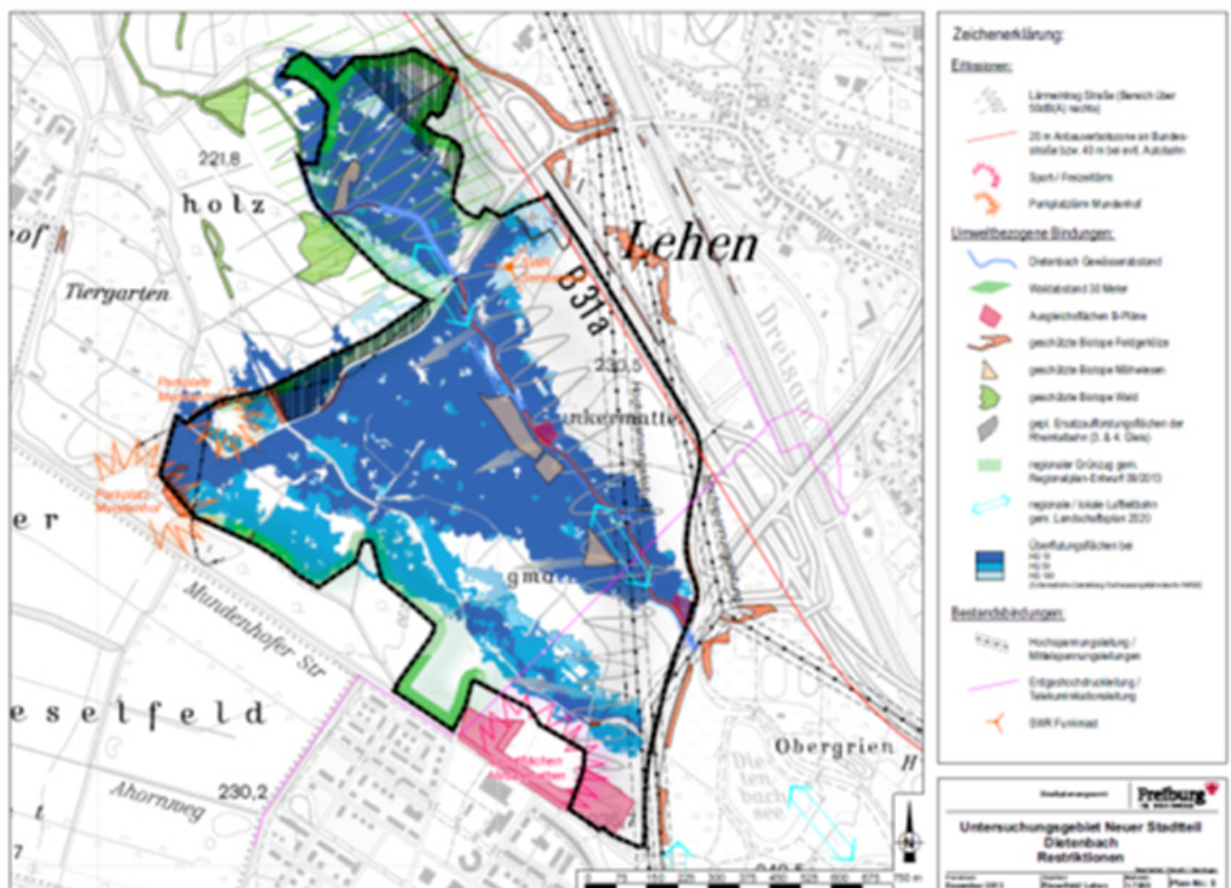


ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIET

In Freiburg schlagen die Wellen derzeit hoch: neuer Stadtteil ja oder nein? Die Stadtverwaltung und leider auch große Teile des Gemeinderates wollen einen neuen Stadtteil: Im Überschwemmungsgebiet Dietenbach (Gewannname!) zwischen (zukünftig geplanter) Autobahn und Westrandstraße. Weite Teile des für eine Siedlungsentwicklung vorgesehenen Gebietes der Dietenbachniederung liegen ausweislich der aktuellen Hochwassergefahrenkarten des Landes Baden-Württemberg im Überschwemmungsgebiet eines hundertjährigen sowie in Teilen eines zehnjährigen Hochwasserereignisses (HQ 100 bzw. HQ 10) und damit in einer formalen Bauverbotszone gem. Wasserhaushaltsgesetz (WHG).. § 78 (1) Nr. 1 WHG untersagt die Ausweisung neuer Baugebiete in Überschwemmungsgebieten. § 78 (2) WHG zählt alle Tatbestände auf, die erfüllt sein müssen, um ausnahmsweise doch Baugebiete in Überschwemmungsgebieten zulassen zu können.“



Die blauen Flächen sind übrigens Überflutungsflächen!

Und was macht die Stadtverwaltung? Sie versuchte es über ein wasserwirtschaftliches Fachgutachten. Die Verwaltung ließ mit Hilfe eines externen Gutachters prüfen, ob in Form von Gewässerausbau- und Hochwasserschutzmaßnahmen die Voraussetzungen für eine Ausnahmegenehmigung vom Bauverbot geschaffen werden können.

Die Stadt hat damit Erfahrungen: Siehe dazu den Stadtteil Landwasser. Gebäude stehen im Grundwasser mit feuchten Kellern. Wer trägt dafür die Verantwortung? Die planende Stadt nicht! (So OB Salomon vor seiner Abwahl.) Der Stadtteil Hochdorf entwickelt sich auch in die Richtung! Auch hier trägt der Bürger die Folgen alleine! Und der Gemeinderat – oder der Teil des Gemeinderates, der diese Bebauungspläne damals auf Anraten der Stadt beschlossen hat – trägt natürlich auch keine Verantwortung.



Hochwasser nach starkem Regen 2016 im Überschwemmungsgebiet Dietenbach.

Dazu meint Dr. Dieter Kroll, Experte im Bauplanungsrecht mit jahrzehntelanger Erfahrung in der Verwaltung: „Man kann, ohne besondere Fähigkeiten zu mobilisieren, davon ausgehen, dass der Standort Dietenbach nahezu den „Worst Case“ darstellt, auch was die künftige Erschließung angeht (für Aufschüttungen in Überschwemmungsgebieten gilt das grundsätzliche Bauverbot nach § 78 Abs. 3 WHG; für Ausnahmen sind die strengen Voraussetzungen des § 78 Abs. 4 WHG zu beachten) . Die

Entwicklung eines neuen Stadtteiles, namentlich auf dem Gebiet des Dietenbachgeländes, stellt einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft dar und ist als Wohnbaufläche im Überschwemmungsgebiet mit formaler Bauverbotszone und sehr aufwendigen und außerordentlich kostspieligen Erschließungsmaßnahmen aus städtebaulichen Gründen völlig ungeeignet.“